

RÜCKBLICK

Wenn Geschichten mitreisen

Zugehörigkeit, Erinnerung und mediale Wirklichkeiten bei „Gemeinsam in Deutschland“ 2025

31. Oktober bis 2. November 2025 | Haus auf der Alb, Bad Urach

Von Linda Dudzinska

Ankommen ist kein Schnitt, der alles Vorherige beendet. Menschen wechseln Länder, doch Erinnerungen, Familiengeschichten, politische Erfahrungen und mediale Gewohnheiten reisen mit. In Deutschland begegnen sie neuen Deutungen - und nicht selten Menschen, die dieselben Ereignisse ganz anders erinnern. Genau an dieser Schnittstelle setzte die Vernetzungsveranstaltung „Gemeinsam in Deutschland“ 2025 an.

Vom 31. Oktober bis 2. November 2025 kamen im Haus auf der Alb in Bad Urach engagierte Menschen aus Exil- und Diasporagruppen mit Bezügen zu den östlichen Nachbarländern Europas zusammen. Die Teilnehmenden brachten biografische Bezüge zu 15 Ländern, unterschiedliche Erfahrungen mit Migration und Exil sowie vielfältige Formen zivilgesellschaftlichen Engagements mit. Organisiert wurde die jährlich stattfindende Veranstaltung von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart und dem Ukrainischen Atelier für Kultur und Sport e. V. Stuttgart. Die Leitung übernahmen Tengiz Dalalishvili, Dr. Konstanze Jüngling und Afina Albrecht.

Unter dem Leitmotiv „Zwischen gestern und morgen liegt das Jetzt - ein Raum der Aushandlung“ ging es nicht darum, Unterschiede möglichst schnell in einem harmonischen Gesamtbild aufzulösen. Vielmehr sollte ein Raum entstehen, in dem persönliche Erfahrung und politische Analyse, Erinnerung und Gegenwart, Zustimmung und Widerspruch nebeneinanderstehen können. Der Ablauf war deshalb bewusst mehrstimmig: Fachvorträge und Workshops verbanden sich mit Film, Gesprächen, einer gemeinsamen Wanderung, einem Kulturabend und offenen Vernetzungsformaten.

Zugehörigkeit ist kein fertiger Zustand

Wer in einem neuen Land lebt, beantwortet die Frage nach der eigenen Zugehörigkeit selten ein für alle Mal. Herkunft, Sprache, Familie, neue Lebensorte und gesellschaftliche Erfahrungen wirken gleichzeitig - manchmal widersprüchlich, manchmal bereichernd. In den von Afina Albrecht und Caren Moirongo gestalteten Einheiten „Ich hier und heute - Identität(en) im Wandel“ und „Identität und Erinnerung“ wurde diese Vielschichtigkeit nicht als Abweichung von einer vermeintlich eindeutigen Identität behandelt, sondern als gesellschaftliche Realität.

Der Begriff der hybriden Identität diene dabei als analytischer Zugang, nicht als Diagnose. Mehrfache Zugehörigkeiten bedeuten nicht zwangsläufig, dauerhaft „zwischen zwei Stühlen“ zu sitzen. Sie können Spannungen, Diskriminierungserfahrungen und innere Konflikte mit sich bringen; ebenso können sie Handlungsspielräume eröffnen, Perspektiven verbinden und Brücken zwischen sozialen, kulturellen oder politischen Kontexten schaffen. Entscheidend war deshalb weniger die Frage „Wo gehöre ich eindeutig hin?“ als die Frage: Unter welchen Bedingungen können unterschiedliche Zugehörigkeiten gelebt werden, ohne sich gegenseitig auszuschließen?

Die Vielfalt der Runde bekam dadurch eine besondere Bedeutung. Niemand sprach stellvertretend für ein ganzes Land oder eine vermeintlich einheitliche Community. Wo Menschen über Georgien, Belarus, die Ukraine, Armenien oder Russland sprachen, taten sie dies aus konkreten Biografien, Generationen- und Migrationserfahrungen heraus. Gerade diese Begrenzung machte einen ernsthaften Austausch möglich: Persönliche Perspektiven mussten nicht verallgemeinert werden, konnten aber trotzdem aufeinander bezogen und kritisch befragt werden.

Vergangenheit ist nicht vergangen

Erinnerung ist nie nur ein Blick zurück. Sie prägt, wie Menschen Gegenwart deuten, wem sie vertrauen und welche Zukunft sie für möglich halten. Das zeigte die Gesprächsrunde „Good by, Lenin? Erinnerung, Archive, Verantwortung“ mit Lasha Bakradze vom Soviet Past Research Laboratory (SOVLAB) in Tbilisi und Ekkehard Maaß von der Deutsch-Kaukasischen Gesellschaft e. V. Ausgehend von der sowjetischen Vergangenheit ging es um die Frage, welche Geschichten öffentlich erzählt werden, welche im Privaten bleiben und welche bewusst verdrängt oder politisch umgedeutet werden.

Archive erwiesen sich in diesem Zusammenhang nicht als neutrale Speicher abgeschlossener Geschichte. Ob Quellen zugänglich sind, ob Opfer gehört werden und ob staatliche Gewalt dokumentiert werden kann, hängt von politischen Rahmenbedingungen ab. Wo Archive geschlossen, zerstört oder selektiv genutzt werden, verändern sich auch die Möglichkeiten gesellschaftlicher Aufarbeitung. Erinnerungspolitik entscheidet damit darüber mit, welche Erfahrungen Anerkennung finden - und welche Narrative sich in Schulen, Familien, Medien und öffentlichen Debatten durchsetzen.

Für Exil- und Diasporagruppen besitzt diese Frage eine zusätzliche Dimension. Mitgebrachte Geschichte ist häufig nicht nur familiäre Erinnerung, sondern Teil aktueller Konflikte. Unterschiedliche Erzählungen können in Deutschland erneut aufeinandertreffen, während Angehörige verschiedener Generationen dieselben Erfahrungen anders gewichten. Ein Film mit anschließender Diskussion mit Lasha Bakradze öffnete einen weiteren Zugang zu dieser Spannung zwischen persönlichem Erinnern und öffentlicher Geschichtsdeutung. Die Auseinandersetzung blieb dabei bewusst offen: Vergangenheitsarbeit bedeutet nicht, eine einzige verbindliche Erzählung festzuschreiben, sondern Widersprüche auszuhalten und historische Verantwortung genauer zu bestimmen.

Wenn Geschichte zur politischen Waffe wird

Wie eng Erinnerung, Medien und Macht verbunden sind, wurde im Themenfeld „Medienwelten, Wirklichkeiten und Zugehörigkeit“ sichtbar. Jacqueline Bellon nahm in den Blick, wie Informationsquellen, digitale Plattformen sowie mediale Selbst- und Fremdbilder Orientierung und Zugehörigkeitsgefühle beeinflussen. Menschen bewegen sich nicht in derselben medialen Öffentlichkeit. Sie folgen unterschiedlichen Kanälen, sprechen verschiedene Sprachen und bringen eigene Erfahrungen mit, wenn sie Nachrichten einordnen. Dadurch können Missverständnisse, Abschottung und Polarisierung entstehen - zugleich aber auch neue Perspektiven, wenn die eigenen Informationsgewohnheiten sichtbar und überprüfbar werden.

Für politische Bildung ist hier eine Unterscheidung grundlegend: Nicht jede widersprüchliche Darstellung und nicht jede kontroverse politische Bewertung ist Desinformation. Demokratische Öffentlichkeit lebt von streitbaren Deutungen. Gezielte Täuschung, journalistische Einordnung, persönliche Wahrnehmung und überprüfbare Tatsachen dürfen deshalb nicht auf dieselbe Ebene gestellt werden. Medienkompetenz bedeutet nicht, allen Quellen gleichermaßen zu misstrauen, sondern Herkunft, Interessen, Belege und Darstellungsweisen von Informationen kritisch zu prüfen.

An diesem Punkt setzte Prof. Dr. Klaus Gestwas Vortrag „FAKE HISTORY - Mythen und Narrative als politische Waffen im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine“ an. Gestwa ordnete Desinformation in die hybride Kriegsführung Russlands ein und zeigte, wie Geschichte durch staatliche Medien, Schulbücher, Ausstellungen, Gedenkrituale und religiöse Deutungen politisch instrumentalisiert wird. An Beispielen von der Kyjiwer Rus über die Annexion der Krim und den Begriff „Neurussland“ bis zum staatlich inszenierten Siegeskult um den Zweiten Weltkrieg erläuterte er, wie historische Narrative imperiale Ansprüche legitimieren und der Ukraine Eigenstaatlichkeit sowie eine eigenständige europäische Geschichte absprechen sollen.

Der Vortrag vermied zugleich ein bequemes Gegenbild von russischen Mythen und ukrainischer Wahrheit. Gestwa thematisierte auch problematische Aspekte ukrainischer Erinnerungspolitik, darunter den Umgang mit OUN, UPA, Stepan Bandera und den Massakern von Wolhynien. Seine Perspektive war die einer kritischen Solidarität: Die russische Geschichtsfälschung und die ideologische Legitimation des Angriffskriegs müssen klar benannt werden; zugleich darf die kritische Auseinandersetzung mit nationalen Mythen in der Ukraine nicht ausgeblendet werden. Gerade diese doppelte Bewegung - klare politische Einordnung und Offenheit für historische Ambivalenzen - kennzeichnet eine politische Bildung, die weder relativiert noch vereinfacht.

Historisches Wissen wurde damit zu einer Voraussetzung demokratischer Urteilskraft. Wer die Herkunft und Funktion politischer Narrative kennt, kann besser unterscheiden, wo Geschichte kontrovers interpretiert und wo sie gezielt verfälscht wird. Zugleich rückte eine langfristige Aufgabe in den Blick: die Ukraine als eigenständige europäische Kulturnation und politische Akteurin wahrzunehmen - nicht bloß als Teil einer russischen Einflussosphäre oder als Objekt geopolitischer Auseinandersetzungen.

Begegnung braucht andere Räume

Über Zugehörigkeit, Verlust und politische Konflikte lässt sich nicht ausschließlich im Modus des Fachvortrags sprechen. Deshalb gehörten zum Wochenende auch Formate, die andere Formen des Zuhörens ermöglichten. „Talking by Walking - Perspektive auf das eigene Herkunftsland“ führte die Teilnehmenden auf den Weg zur Ruine Hohenurach. In kleinen Gruppen und während der Bewegung konnten Gespräche entstehen, für die in einer großen Diskussionsrunde häufig weniger Platz bleibt: über veränderte Blicke auf das Herkunftsland, über aktuelle Konflikte, veränderte Erwartungen und das Leben in Deutschland.

Auch der Kulturabend war mehr als ein geselliger Abschluss. Musik, Kleidung, Gedichte und Gruppenspiele machten sichtbar, dass kulturelle Ausdrucksformen Erinnerungen tragen, aber nicht auf nationale Folklore reduziert werden müssen. Sie können Nähe schaffen, ohne Unterschiede zu leugnen, und ermöglichen einen Zugang zu Erfahrungen, die sich in politischer Begrifflichkeit allein nicht vollständig ausdrücken lassen. So standen an diesem Wochenende biografisches Erzählen, kulturelle Praxis und fachliche Analyse nicht in Konkurrenz, sondern ergänzten einander.

Gerade darin zeigte sich die Bedeutung des Untertitels „ein Raum der Aushandlung“. Aushandlung meint nicht, dass am Ende alle dieselbe Sicht teilen. Sie beginnt dort, wo Differenzen weder verschwiegen noch sofort moralisch sortiert werden, sondern besprechbar bleiben. Dafür braucht es Regeln, Zeit und die Bereitschaft, die eigene Perspektive nicht mit der ganzen Wirklichkeit zu verwechseln.

Aus Austausch wird nicht automatisch Zusammenarbeit

Ein Vernetzungswochenende weckt Erwartungen: Kontakte sollen bleiben, Ideen sollen zu Projekten werden. Doch zivilgesellschaftliches Engagement scheitert selten am Mangel an Themen. Häufiger fehlen Zeit, finanzielle Sicherheit, Kenntnisse über Förderwege oder Zugänge zu Institutionen. In der Runde „Perspektiven entwickeln: Wie weiter nach dem Wochenende?“ berichteten Sebastian Altemüller vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, Isaac Gonzalez vom Landesverband (post-)migrantischer Organisationen Baden-Württemberg e. V. und Anastasiia Kudina von UA HUB e. V. über solche praktischen Bedingungen. Zur Sprache kamen bürokratische Hürden, Finanzierungsmöglichkeiten und Wege, migrantische und diasporische Initiativen wirksamer zu unterstützen.

Die anschließende Arbeit in zwei Gruppen blieb bewusst bei einem realistischen Zwischenstand. Es entstanden keine fertigen Projektpläne, wohl aber eine Klärung gemeinsamer Interessen, vorhandener Kompetenzen und denkbarer nächster Schritte. Das war mehr als ein unverbindlicher Abschluss, aber weniger als ein vorschnelles Erfolgsversprechen. Vernetzung entfaltet ihren Wert erst dann, wenn aus einem ersten Kontakt Vertrauen, gegenseitige Unterstützung oder eine tragfähige Kooperation entsteht. Das offene Networking gab den Teilnehmenden Zeit, einzelne Gespräche zu vertiefen und Verbindungen über das Wochenende hinaus weiterzuführen.

Ein notwendiger Zwischenraum

„Gemeinsam in Deutschland“ 2025 machte sichtbar, wie eng Zugehörigkeit, Erinnerung, Medienkompetenz und zivilgesellschaftliches Handeln miteinander verbunden sind. Erfahrungen aus Herkunftsländern verschwinden nicht mit der Ankunft in Deutschland. Sie wirken in Familien, Vereinen, politischen Debatten und medialen Öffentlichkeiten weiter. Dabei können sie Brücken schaffen, aber auch alte Konflikte in neue gesellschaftliche Zusammenhänge tragen.

Ein Wochenende kann diese Spannungen nicht auflösen. Es kann jedoch einen Zwischenraum schaffen: zwischen privater Erinnerung und öffentlicher Debatte, zwischen wissenschaftlicher Einordnung und biografischer Erfahrung, zwischen dem Wunsch nach Zugehörigkeit und dem Recht auf Unterschiedlichkeit. Der Ertrag lag deshalb nicht in einer gemeinsamen Schlussformel, sondern in der Erfahrung, dass auch schwierige Fragen gemeinsam bearbeitet werden können, wenn keine Perspektive vorschnell zur allein gültigen erklärt wird.

Viele Teilnehmende äußerten den Wunsch, bereits vor der nächsten Runde in Kontakt zu bleiben und einzelne Ideen weiterzuverfolgen. Die nächste Ausgabe von „Gemeinsam in Deutschland“ ist für den 23. bis 25. Oktober 2026 im Haus auf der Alb geplant. Damit bleibt das „Jetzt“ aus dem Veranstaltungstitel kein bloßer Übergang zwischen gestern und morgen. Es bezeichnet den konkreten politischen und gesellschaftlichen Raum, in dem Erinnerungen geprüft, Unterschiede ausgehandelt und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten erst geschaffen werden.